

Pressestatement von Gwendolyn Stilling, Abteilungsleiter Kampagnen,
Der Paritätische Gesamtverband,
anlässlich der Pressekonferenz des Bündnisses "Rechtsextremismus stoppen - Demokratie
verteidigen" am 24. April 2024 in Hamburg

Meine Damen und Herren,

bei den anstehenden Wahlen geht es um viel. Und das sagen wir ganz besonders auch in Richtung all der jungen Menschen, die zum allerersten Mal wählen gehen dürfen. Das Mindestalter für die Europawahlen wurde in Deutschland auf 16 Jahre abgesenkt. Alle deutschen Jugendlichen ab 16 dürfen am 9. Juni ihre Stimme abgeben, überall in Europa, egal wo sie wohnen. Und wir können nur alle ermuntern: Gebt Eure Stimme ab, nutzt Euer Wahlrecht, geht wählen – und wählt demokratisch.

Wir wissen: Das wird keine leichte Wahl. Das Image der EU ist alles andere als gut. Viele Menschen sind von der Politik enttäuscht, fühlen sich abgehängt, sehen ihre Interessen nicht wirklich vertreten. Wir können und wollen keine Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei abgeben. Aber wir dürfen warnen vor rechtsradikalen Kräften und Parteien, wie die AfD in Deutschland eine ist.

Rechtsextremistische Kräfte stellen eine Bedrohung für alle dar, die nicht in deren intolerantes und ausgrenzendes Welt- und Menschenbild passen. Menschen, die nicht in das Weltbild des völkischen Nationalismus passen, sollen entrechtet oder aus dem Land geworfen werden. Wer so denkt und spricht, stellt die Würde des Menschen als Individuum, die Universalität von Menschenrechten und damit die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft in Frage. Und wenn die Würde des Menschen nichts mehr zählt, dann ist niemand von uns mehr sicher.

Die Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer selbstbestimmten geschlechtlichen Identität sind in der AfD Gang und Gäbe.

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen und zivilgesellschaftliche Organisationen in der Sozialen Arbeit allgemein sind immer wieder gezielten Versuchen der öffentlichen Diskreditierung und Einschüchterung durch Akteure der AfD und ihrer Anhängerschaft ausgesetzt.

Dazu gehören u.a. Flüchtlingshilfeorganisationen, Queer-, Schwulen- und Lesbeninitiativen, Migrantenselbstorganisationen, Frauenhäuser, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Aussteiger- und Präventionsprojekte. Auch Menschen mit Behinderung gerieten schon wiederholt ins Visier der menschenfeindlichen Attacken der AfD. Es sind Angriffe auf unsere offene und tolerante Gesellschaft.

Wir reden nicht mehr von Alarmzeichen. Die Gefahr, die von Rechtsaußen ausgeht, ist real und konkret. Es gibt da nichts schön zu reden oder zu verharmlosen.

Viele unserer Mitglieder beobachten mit großer Sorge und bereits Ängsten die Verschiebung des politischen Diskurses. Grenzen des Sagbaren werden verschoben - Tabus aus den Erfahrungen mit

dem Nationalsozialismus werden eingerissen. Das Ergebnis ist: Immer häufiger werden Menschenrechte ganz unverblümt in Frage gestellt, ohnehin marginalisierte Gruppen angegriffen und in öffentlichen Debatten gegeneinander ausgespielt.

Die demokratischen Kräfte in diesem Lande dürfen sich in dieser Situation nicht auseinanderdividieren lassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Bei aller Verschiedenheit muss uns das Ziel einen, zu verhindern, dass Rechtsextremisten an die politische Macht kommen. Mit einer Agenda, die Demokratie und Menschenrechte in ihrer Substanz angreift, kann es auf politischer und gesellschaftlicher Ebene keinen Ausgleich geben.

Es geht uns alle an. Es geht um den Schutz der Menschenwürde und um Solidarität mit allen, die jetzt schon im Visier der Rechtsextremisten sind. Es geht aber auch darum, Rechtsstaatlichkeit und unser Grundgesetz zu verteidigen. Denn das ist der Kern von Demokratie und die Bedingung dafür, dass wir alle auch morgen noch in Freiheit und Würde leben können - in all unserer Verschiedenheit und Vielfalt.

Als Paritätischer verstehen wir uns im Interesse unserer Mitgliedsorganisationen als Teil der zivilgesellschaftlichen Brandmauer gegen Rechtsaußen. Deshalb unterstützen wir diesen Aufruf und wenden uns an alle Demokrat*innen: Geht wählen und verteidigt Demokratie und Menschenrechte - auf den Straßen, an der Wahlurne und in den Parlamenten! Weil alle zählen und weil Vielfalt ohne Alternative ist.